

**A1-023**

# **Antrag**

## **Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid**

### **Initiator\*innen:**

LAG Medien- und Netzpolitik (Beschluss vom 16. April 2018), Bezirksvorstand Schwaben (Beschluss vom 11. April 2018), Bezirksvorstand Oberbayern (Beschluss vom 19. April 2018), Kreisverband Nürnberg (Beschluss vom 19. April 2018), Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt), Verena Osgyan (KV Nürnberg), Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries), Anna-Maria Lanzinger (KV Erding), Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm), Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt), Markus Büchler (KV München-Land), Tina Winklmann (KV Schwandorf), Mia Pörtl (KV Rottal-Inn), Stephanie Schuhknecht (KV Augsburg), Benni Adjei (KV München-Land), Marlene Schönberger (KV Landshut-Land), Veronika Zeichinger (KV Regensburg-Stadt), Theresa Eberlein (KV Regensburg-Stadt), Robert Zimmermann (KV Regensburg-Stadt), Michael Mittag (KV Regensburg-Stadt), Sven Seeberg-Elverfeldt (KV Regensburg-Stadt), Bernhard Wildangel (KV Regensburg-Stadt), Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land), Michael Gerr (KV Würzburg-Stadt), Andrea Liebig (KV Würzburg-Land), Gerhard Müller (KV Würzburg-Land), Matthias Kunad (KV Würzburg-Land), Fred Stahl (KV Würzburg-Land), Britta Huber (KV Würzburg-Land), Sven Winzenhörlein (KV Würzburg-Land), Maximilian Bender (KV Würzburg-Land), Stefan Pöhler (KV Würzburg-Land), Hubert Hofmann (KV Würzburg-Land), Jennifer Seeger (KV Würzburg-Land), Christina Feiler (KV Würzburg-Land), Andrea Angenvoort-Baier (KV Würzburg-Land), Wolfram Bieber (KV Würzburg-Land), Florian Leiner (KV Würzburg-Stadt), Carolin M. Angulo Hammes (KV Würzburg-Stadt), Jonas Kobinger (KV München), Stephan Clemens (KV München), Gregor Scheringer (KV Memmingen (beschlossen am: 16.04.2018))

**Titel:** **A1-023: Fahrplan für Bayern nach der Landtagswahl**

---

## **Antragstext**

**Von Zeile 23 bis 28 löschen:**

~~Über den ausgehandelten Koalitionsvertrag wollen wir die gesamte Partei entscheiden lassen. Dazu organisiert der Landesverband eine elektronische Abstimmung, in der die Gesamtheit der Mitglieder über die Annahme bzw. Ablehnung des Koalitionsvertrags befragt wird. Anschließend beschließt der Landesvorstand im Sinne des Ergebnisses der Befragung. Die Abstimmung ist mindestens 24 Stunden geöffnet.~~

**Von Zeile 36 bis 37:**

wollen wir nach eingehender Debatte ~~eine Empfehlung an die Mitglieder über die Annahme bzw. die Ablehnung des ausgehandelten Koalitionsvertrags verabschieden.~~ über die Annahme des ausgehandelten Koalitionsvertrags entscheiden.

## **Begründung**

### **Grundsätzliche Probleme von Onlinewahlen und -abstimmungen**

Sowohl BAG und LAG Netzpolitik als auch die Netzbegründung haben sich mehrfach aus guten Gründen gegen elektronische Abstimmungsverfahren, insbesondere Online-Verfahren, ausgesprochen. Online-Abstimmungsverfahren haben die generelle Problematik, dass sie nicht gleichzeitig eine geheime Wahl („es ist nicht nachvollziehbar, wie ich persönlich abgestimmt habe“) und eine allgemeine Wahl („meine Stimme zählt – und zwar genau soviel wie jede andere Stimme auch, und ich kann das auch nachvollziehen“) ermöglichen. Wie genau eine geheime und allgemeine Onlineabstimmung, die gleichzeitig manipulationssicher ist, umgesetzt werden kann, ist derweil noch nirgends zufriedenstellend gelöst worden. Zudem kann ein Großteil der Menschen abseits weniger Expertinnen und Experten nicht nachvollziehen, was das Computerprogramm intern macht - eine klassische öffentliche Urnenwahl, kann hingegen jede\*r ohne spezielle Kenntnisse beobachten und nachvollziehen, im Zweifelsfall indem einfach die Stimmzettel nachgezählt werden. Die Online-Abstimmung erfordert deshalb einen großen Vertrauensvorschuss.

In seinem „Wahlcomputer-Urteil“ von 2009, in dem Wahlcomputer und damit letztlich auch Online-Wahlen als verfassungswidrig gewertet wurden, legt das Bundesverfassungsgericht eben diese Maßstäbe an. Ein Abstimmungssystem muss ohne technische Kenntnisse nachvollzogen werden können. Insbesondere kann eine solche Nachvollziehbarkeit bei Abstimmungen zu weitreichenden politischen Entscheidungen nicht durch eine sicherheitstechnische Überprüfung von Mustergeräten (im Rahmen eines Auditing) umgangen werden. Wahlsysteme, die diesen strengen Kriterien genügen, sind derzeit nicht auf dem Markt – wir glauben nicht, dass sie technisch überhaupt umsetzbar sind.

Für „nichtpolitische Wahlen“ können die Wahlrechtsgrundsätze, insbesondere der Allgemeinheit und auch der Geheimheit, prinzipiell eingeschränkt werden, wenn es dafür einen schlagenden Grund gibt. Allerdings finden wir es falsch, die Entscheidung über eine Regierungsbeteiligung als „nichtpolitische“ Entscheidung verbuchen zu wollen.

Ein Online-Verfahren bietet nicht zuletzt die Möglichkeit einer gezielten Manipulation des Ergebnisses (Hack-Angriff), die wiederum sehr schwer festgestellt werden kann. Besonders bei der Frage einer Regierungsbildung kann es von verschiedensten Interessensgruppen auch in Betracht gezogen werden, das Ergebnis tatsächlich in die für sie „richtige“ Richtung biegen zu wollen.

### **Landesparteitag nicht entmachten**

Der vorliegende Antrag sieht vor, dass der Landesparteitag als reguläres oberstes beschlussfassendes Gremium der bayerischen Grünen nicht über die Annahme eines Koalitionsvertrags abstimmen soll. Stattdessen gibt er nur eine Empfehlung ab, die in einem unverbindlichen Votum der Mitglieder mündet. Am Ende dieser Kette soll schließlich der Landesvorstand diese Entscheidung fällen. Dies ist in sich unlogisch, da es letztlich auch keinen echten Mitgliederentscheid darstellt.

Der Landesparteitag als Vertretung der Basis der bayerischen Grünen muss weiterhin als oberstes beschlussfassendes Gremium agieren. Nachdem eine verbindliche Urabstimmung aus Zeitgründen unrealistisch ist und ein elektronisches Meinungsbild einerseits technisch unsicher ist, andererseits faktisch diese wichtige Entscheidung an den Landesvorstand delegieren würde, ist die Entscheidung auf einem Landesparteitag das basisdemokratischste mögliche Verfahren.

### **Keine digitale Urabstimmung durch die Hintertür**

Der Antrag spricht davon, dass Mitglieder entscheiden sollen. Dafür sollen Mitglieder "befragt" werden und ein Votum vergeben. Der Landesvorstand soll dann

"im Sinne" der Mitglieder entscheiden. Dies ist eine Urabstimmung durch die Hintertür. Wir haben eine Urabstimmungsordnung, die klar die Initiierung einer solchen Abstimmung regelt, inklusive Fristen und Durchführungsbestimmungen. Zudem ist die Möglichkeit zur Durchführung einer Urabstimmung in der Satzung verankert. Die vorgeschlagene Vorgehensweise ist nicht eindeutig definiert und soll als neues Verfahren in einem einfachen LDK-Beschluss gefasst werden. Das ist nicht im Sinne der durch 2/3-Mehrheiten festgelegten Satzung. Man muss sich den Folgen einer erstmaligen Initiierung und Zulassung eines solchen Verfahrens bewusst sein – es kann dann immer wieder beantragt werden.

Außerdem ist nicht geregelt bis wann man Mitglied der GRÜNEN geworden sein muss, um abstimmen zu dürfen sowie was mit Mitgliedern ist, die kein (schnelles) Internet haben.

### **Debatte auf Bundesebene abwarten**

Die Debatte zur Durchführung auf Online-Abstimmungen wird gerade auf Bundesebene in der AG Digitale Abstimmung geführt. In einem Prozess, der im März 2018 gestartet ist, soll diskutiert werden, ob und ggf. wie Online-Abstimmungen aussehen könnten und, falls man sich dafür aussprechen würde, welche Anforderungen wir als GRÜNE an solche Abstimmungen stellen würden. Die Debatte soll bis Herbst 2018 laufen. Es wäre absurd, wenn man auf Bundesebene zu anderen Schlüssen kommen würde und Bayern jetzt eine Vorfestlegung trifft, eine faktische Online-Abstimmung durchzuführen.

### **Lasst uns für die Debatte mehr Zeit nehmen**

Wir sollten die Debatte und den Input der AG Digitale Abstimmung abwarten und schauen, was auf Bundesebene beschlossen wird. Innerhalb unseres Landesverbands sollten wir im Anschluss/parallel eine längerfristige Debatte führen, mit welchen Mitteln wir mehr Beteiligung erreichen und falls auf Bundesebene die Signale in Richtung Online-Abstimmung positiv sind, wir überlegen, wann und wie und zu welchem Zweck wir dieses Instrument einsetzen wollen und wozu Online-Abstimmungen überhaupt geeignet sind, bevor hier vorschnell Fakten geschaffen werden.

**A1-027**

# **Antrag**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **A1-027: Fahrplan für Bayern nach der  
Landtagswahl**

---

## **Antragstext**

### **In Zeile 27:**

im Sinne des Ergebnisses der Befragung. Die Abstimmung ist mindestens **24**48

## **Begründung**

Eine längerer Abstimmungszeitraum von min. 48 Stunden erhöht die Wahrscheinlichkeit das alle Mitglieder die Möglichkeit zur Abstimmung haben.

**A2-002**

# **Antrag**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Verkehr-Planen-Bauen (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **A2-002: Saubere Luft für Alle - Bayerns  
Automobilindustrie zukunftsfest und  
klimafreundlich machen**

---

## **Antragstext**

### **In Zeile 2:**

Wir fordern ~~Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer~~ die Bundesregierung

### **In Zeile 5:**

auszugeben „es gäbe keinen Grund zur Panik“, sollte ~~er~~ sie

## **Begründung**

1. ist Scheuer nicht allein verantwortlich sondern z.B. auch die Kanzlerin und indirekt auch die die Regierung tragende SPD und 2. sollten wir sowenig wie möglich konkrete Namen nennen

**A2-006**

# **Antrag**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Verkehr-Planen-Bauen (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **A2-006: Saubere Luft für Alle - Bayerns  
Automobilindustrie zukunftsfest und  
klimafreundlich machen**

---

## **Antragstext**

**In Zeile 6 löschen:**

ergreifen. ~~Der Schritt in die ökologische Verkehrswende ist dringender denn je.~~

## **Begründung**

Der Satz ist zwar richtig aber nicht in diesem Kontext. Motoren umzurüsten hat wenig bis nichts mit der notwendigen Verkehrswende zu tun.

**A2-030**

# **Antrag**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **A2-030: Saubere Luft für Alle - Bayerns  
Automobilindustrie zukunftsfest und  
klimafreundlich machen**

---

## **Antragstext**

### **In Zeile 30:**

- die Elektrifizierung von **wichtigen**allen Bahnstrecken. Wir fordern daher eine

### **Von Zeile 33 bis 34:**

- Regionalverkehrsstrecken, die **auch in Zukunft**noch nicht elektrifiziert **werden**  
**können**sind soll die Frage der Emissionsfreiheit von Antrieben berücksichtigt

## **Begründung**

Warum sollten wir, vor unserem Ziel alle Bahnstrecken zu elektrifizieren, schon kapitulieren?

Wir fordern doch alle Bahnstrecken zu elektrifizieren um dadurch eine maximal ökologische Lösung zu erhalten!

Wir bleiben unserem Ideal treu!



**A2-044**

# **Antrag**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **A2-044: Saubere Luft für Alle - Bayerns  
Automobilindustrie zukunftsfest und  
klimafreundlich machen**

---

## **Antragstext**

**Von Zeile 44 bis 45 löschen:**

~~Wir fordern die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene einzusetzen für~~

## **Begründung**

Diese Detailierung ist hier nicht notwendig. Die Wenigsten wissen wer wann für was zuständig ist. Somit der Verständlichkeit abträglich. Nach der Löschung wären alle Forderungen an die Staatsregierung in einer Abfolge. Dies würde die Verständlichkeit deutlich erhöhen und unsere Argumente besser zur Geltung bringen.

**A2-047**

# **Antrag**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alexander Merkouris (KV Ingolstadt)

**Titel:** **A2-047: Saubere Luft für Alle - Bayerns  
Automobilindustrie zukunftsfest und  
klimafreundlich machen**

---

## **Antragstext**

**Nach Zeile 47 einfügen:**

- ein Förderprogramm, ähnlich dem Umweltbonus von reine Elektro- und Plug-In-Hybrid-Neuwagen, zur Umrüstung bestehender Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren in reine Elektrofahrzeuge.

## **Begründung**

Mit ein zusätzliches Förderprogramm (z.B. mit bis zu 7,000 €/Fahrzeug) zur Finanzierung der Umrüstung von PKWs mit Verbrennungsmotoren (vor allem mit Dieselmotoren) in reine Elektrofahrzeuge, könnten folgende positive Synergieeffekte erzeugt werden.

Mit so einer Förderung, ähnlich der Forderungen (Umweltbonus) für Neuwagen (e-Mobile und E-Hybrid) und für Ladeinfrastruktur, könnte eine ressourcenschonendere und effiziente Möglichkeit zum Ausbau einer individuellen Elektromobilität gesorgt werden. Gerade in ländlichen Gegenden, wäre der Aufbau einer privat finanzierten dezentralen erneuerbaren Ladeinfrastruktur gut möglich und dringend nötig. So ein zusätzlicher Anreiz könnte den Ausbau von PV- und Windkraft-Anlagen zur Energieselbstversorgung beflügeln. Eine Umrüstung bestehender Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren, schont Ressourcen und sorgt dafür, dass kleine und

mittelständische Automechaniker und Handwerker eine neue zukunftsorientierte perspektive bekommen. Firmen wie Kreisel, ReeVolt und eCap etc. wären in ihren Bemühungen unterstützt und auch die großen deutschen Automobilkonzern könnten dadurch einen Anreiz bekommen endlich in Elektromobilitätsstrukturen in Ihrer Produktionslinie zu investieren. Der Ökologische und ressourcenschonende Effekt von so einer Förderung, wäre in vielfältiger Sicht positiver als nur Neufahrzeuge zu fördern und käme vielen Bürgern zu Gute die nicht unbedingt ständig ein neues Fahrzeug kaufen wollen.

### **Unterstützer\*innen**

Werner Weindorf, Tim Meyer, Lisa Badum

**A2-047-2**

# **Antrag**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Deggendorf (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** **A2-047-2: Saubere Luft für Alle - Bayerns  
Automobilindustrie zukunftsfest und  
klimafreundlich machen**

---

## **Antragstext**

**Nach Zeile 47 einfügen:**

- realistische Angaben des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von PKWs und Kontrollen durch das Kraftfahrt-Bundesamt, insbesondere auch für Hybrid-Fahrzeuge.

## **Begründung**

Die Verbrauchsangaben der Hersteller und damit der CO<sub>2</sub>-Ausstoß weicht immer stärker von den realen Werten im Betrieb ab. Auch die bayerische Staatsregierung muss ein Interesse daran haben, dass die heimische Automobil-Industrie zukunftsfähige Pkw baut. Die bisherigen Bestimmungen lassen den Herstellern sehr viel Spielraum, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß unter optimalen Bedingungen zu prüfen, die im Betrieb nicht zutreffen. Z.B. wird die Entladung der Batterie nicht erfasst. So werden große und schwere Pkw viel zu gut dargestellt.

**TO1-005**

# **Antrag**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** TO1-005: Vorschlag zur Tagesordnung

## **Antragstext**

### **In Zeile 5 einfügen:**

TOP 3 Landtagswahlprogramm: Präambel, Kapitel 1, Kapitel 2 inkl. der dazugehörigen Projekte

### **In Zeile 11 einfügen:**

TOP 6 Landtagswahlprogramm: Kapitel 3, Kapitel 4 inkl. der dazugehörigen Projekte

## **Begründung**

Sonst wäre es nicht eindeutig das die Projekte auch mit abgehandelt werden.